



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel 13.11.2023
C(2023) 7810 endgültig

Herr Lars Løkke Rasmussen
Minister für auswärtige Angelegenheiten
Ministerium für auswärtige
Angelegenheiten
Asiatisk Plads 2
1448 Kopenhagen

Dänemark

Betreff: Notifizierung 2023/505/DK
Entwurf einer Verordnung über Waffen und Munition, die für die
Jagd verwendet werden können, usw.
Abgabe von Bemerkungen gemäß Artikel 5 Absatz 2 der
Richtlinie (EU) 2015/1535 vom 9. September 2015

Sehr geehrter Herr,

Im Rahmen des Notifizierungsverfahrens gemäß der Richtlinie (EU) 2015/1535 übermittelten die dänischen Behörden der Kommission am 18. August 2023 den Entwurf der Verordnung über Waffen und Munition, die für die Jagd verwendet werden dürfen, unter dem Aktenzeichen 2023/505/DK.

Laut der Notifizierungsmitteilung enthält der notifizierte Entwurf Vorschriften über die Praxis der Bogenjagd mit Käfigen und Pfeilen für große Hirsche (Rothirsche, Brachwild [*nicht existierendes Wort, richtige Übersetzung: Damwild. Anm.d.Übersetzers*] und Sikawild) und andere allgemeine Anforderungen, auch für Munition. In Bezug auf letztere sieht er ein Verbot des Einsatzes von Geschossen mit einer Bleikonzentration von mindestens 1 % des Gewichts in Schusswaffen mit gezogenem Lauf vor. Die Verordnung tritt am 1. Dezember 2024 in Kraft.

Die Prüfung des notifizierten Entwurfs hat die Kommission zur Übermittlung der folgenden Bemerkungen veranlasst.

Artikel 3 Absatz 31 der REACH-Verordnung (EG) 1907/2006¹ definiert eine Beschränkung als „Bedingungen für die Herstellung, die Verwendung oder das Inverkehrbringen oder das Verbot dieser Tätigkeiten“.

Für die Zwecke der REACH-Verordnung stellt das oben genannte Verbot der Verwendung von Geschossen, die Blei enthalten, eine Beschränkung der Verwendung von Blei in Geschossen in Munition für Schusswaffen mit gezogenem Lauf dar, wenn diese Bleikonzentration mindestens 1 % des Gewichts beträgt, und würde eine Beschränkung der Aufnahme und Verwendung von Blei in solchen Geschossen darstellen.

Die Kommission weist die dänischen Behörden auf das Urteil des EFTA-Gerichtshofs in der Rechtssache E-9/16 (EFTA-Überwachungsbehörde gegen Norwegen) vom 14. Juli 2017 hin, in dem der Gerichtshof entschied, dass in Fällen, in denen ein EWR-Staat eine nationale Maßnahme erlässt, durch die der freie Verkehr eines chemischen Stoffes beschränkt wird, das Beschränkungsverfahren gemäß der REACH-Verordnung – sofern dieses noch nicht angelaufen ist – veranlasst werden muss, was sich aus der Verpflichtung des EWR-Staats zur Einleitung des Verfahrens gemäß Artikel 69 Absatz 4 der REACH-Verordnung ergibt. Ferner befand der Gerichtshof, dass eine solche nationale Maßnahme nur vorläufig ist und nicht im Widerspruch zum endgültigen Ergebnis des REACH-Beschränkungsverfahrens beibehalten werden kann.

In dieser Hinsicht möchte die Kommission die dänischen Behörden daran erinnern, dass sie eine mögliche Beschränkung des Inverkehrbringens und der Verwendung von Blei in Munition erwägt, d. h. Schrotmunition, die in anderen Gebieten als Feuchtgebieten verwendet werden, und Kugeln, die sowohl in Feuchtgebieten als auch in anderen Gebieten als Feuchtgebieten verwendet werden, um die Bedenken der genannten Artikel auszuräumen. Die Kommission erhielt am 27. Februar 2023 die Stellungnahme der ECHA zu diesem Beschränkungs-vorschlag und bereitet einen Textentwurf vor.

Soweit der notifizierte Entwurf daher beabsichtigt, Blei in Geschossen und Munition für Waffen mit gezogenem Lauf, die unter die oben genannte potenzielle Beschränkung fallen, zu verbieten, erwartet die Kommission von den dänischen Behörden, dass diese, wenn sie die Annahme des notifizierten Entwurfs weiterhin betreiben werden, die erlassenen nationalen Maßnahmen als vorläufig betrachten und das endgültige Ergebnis des laufenden REACH-Beschränkungsverfahrens im Einklang mit dem Urteil des EFTA-Gerichtshofs in der Rechtssache E-9/16 berücksichtigen werden.

Die Kommission fordert die dänischen Behörden auf, die vorstehenden Bemerkungen zu berücksichtigen.

Die Kommission erinnert die dänischen Behörden außerdem daran, dass sie der Kommission gemäß Artikel 5 Absatz 3 der Richtlinie (EU) 2015/1535 den endgültigen Wortlaut nach dessen Annahme mitzuteilen haben.



¹ Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH), zur Schaffung einer Europäischen Chemikalienagentur, zur Änderung der Richtlinie 1999/45/EG und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 793/93 des Rates, der Verordnung (EG) Nr. 1488/94 der Kommission, der Richtlinie 76/769/EWG des Rates sowie der Richtlinien 91/155/EWG, 93/67/EWG, 93/105/EG und 2000/21/EG der Kommission (ABl. L 396 vom 30.12.2006, S. 1).

Für die Kommission

Kerstin Jorna
Generaldirektorin

Generaldirektion Binnenmarkt,
Industrie, Unternehmertum und KMU